

2016-05-27

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 19.04.2016

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr  
Sitzungsende: 19:30 Uhr  
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans

Vertreten durch Stadtrat Hartmann, Robert

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest

Die Teilnehmerliste ist als Anlage 1 beigefügt.

#### 2 Beschlussfassung der Tagesordnung

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wies auf den TOP 6.4. „Beschluss zur Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens für die Ostrandstraße und zur Erhöhung ihrer Entlastungswirkung für das innerstädtische Straßennetz“ BV/123/2016/STR, eingereicht durch die Fraktionen Pro Dessau-Roßlau und CDU, hin. Diese Vorlage war zum Zeitpunkt der Tagesordnungserstellung noch nicht autorisiert. Sie wurde trotzdem auf die Tagesordnung genommen, weil, so **Herr Schönemann**, das Grundanliegen der Vorlage das allgemeine Interesse des Rates und der Mehrheiten widerspiegelt.

Im Zuge der Überprüfung der Vorlage seien beanstandungswürdige Punkte gefunden worden, welche nach Zusammenarbeit mit den Fachämtern bereinigt werden konnten. Nunmehr liege eine neue Vorlage in Form eines Änderungsantrages vor. Die Beschlussvorlage ist nun gesetzeskonform eingereicht und demzufolge behandelbar und beschlussfähig sei. **Herr Schönemann** bedankte sich nochmals bei den Fachämtern.

Anschließend wurde ein Antrag zur Änderung der TO auf Wunsch der Verwaltung behandelt. Der TOP 5.5. „Sonstige Anfragen und Mitteilungen“ sollte mit dem Punkt 5.4. „Arbeitsstand Ostrandstraße“ getauscht und der TOP 6.4. „Beschluss zur Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens für die Ostrandstraße und zur Erhöhung ihrer Entlastungswirkung für das innerstädtische Straßennetz“ BV/123/2016/STR als TOP 6.1 behandelt werden.

Dazu gab es keine Änderungen oder Gegenvorschläge.

Die Tagesordnung wurde in geänderter Form wurde durch den **Ausschussvorsitzenden Herrn Schönemann** zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

### **3 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte, dass im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses am 22.03.2016 folgende Informationen bzw. Beschlussfassungen erfolgten:

*Vergabe von Bauleistungen  
Die Galerie der Alten Meister im Schloß Georgium  
Los 1 – Fenstersanierung  
Vorlage: BV/048/2016/III-65*

Die Beschlussfassung erfolgte zur Information.

*UNESCO-Welterbe Gartenreich Dessau-Wörlitz, Schloß Georgium  
VOF-Vergabe der Gebäudeplanung  
Vorlage: BV/070/2016/III-65*

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderung.

**Abstimmungsergebnis 8 : 0 : 0**

### **4 Einwohnerfragestunde**

Die Anfrage von Herrn Sven Behrendt zur noch angehangenen Wahlplakatierung an Masten wurde von **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, aufgenommen und eine Beantwortung durch das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung zugesagt.

## 5 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 5.1 Arbeitsstand Machbarkeitsstudie zur LAGA 2022 in Dessau-Roßlau

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte, dass die Stadt sich in der Vorplanung zur LAGA 2022 befindet. Anfang April fand dazu in der Marienkirche eine öffentliche Veranstaltung mit guter Beteiligung statt. Das von der Stadt beauftragte Planungsbüro UKL hat dort erste Ideen vorgestellt und mit den Leuten vor Ort diskutiert. Es wurde eine positive Stimmung und Einstellung gegenüber der Durchführung einer LAGA in Dessau-Roßlau verzeichnet.

Nach der Einführung übergab **Beigeordnete Schlonski** das Wort an Herrn **Ulrich Krüger vom Planungsbüro UKL** zur Vorstellung des Büros und erster Ideen für die LAGA 2022.

Durch Herrn **Ulrich Krüger** fand eine kurze Vorstellung des Büros statt. Diese hat 17 Mitarbeiter in Dresden und in Magdeburg und ist im Wesentlichen mit freiraumplanerischen Aufgaben beschäftigt. Auch besitzt UKL schon Erfahrung mit Gartenschauen und erhielt schon mehrere Preise.

Anschließend wurde anhand einer Präsentation das „Konzept zur Gestaltung und Durchführung der Landesgartenschau 2022 als Grundlage für die Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau“ vorgestellt.

Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anhang 2 bei.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dankt Herrn Krüger für die Ausführungen und bat um Wortbeiträge.

**Herr Schwabe, Fraktion CDU**, bedankte sich für die Vorstellung. Viele Dinge seien enthalten, über die schon in der einen oder anderen Form diskutiert wurde - so die Hervorhebung im Bereich des Schlossplatzes und die wenig schön anzusehenden Plattenbauten in dessen Eingangsbereich. Eine Fußgängerbrücke über die Ludwigshafener Straße sei für ihn nicht diskutabel. Er glaube auch, dass in der Verbindung des Themas Innenstadtbelebung mit der LAGA viele Potenziale lägen. Diese sollten hier mit Vehemenz über die Fraktionen positiv begleitet werden, plädierte **Stadtrat Schwabe**.

**Herr Krüger** bekräftigte, dass sein Büro schon mehrere solcher Gartenschaubewerbungen für Städte gemacht hat. Seiner Erfahrung nach hat ein uneiniger Stadtrat einen deutlich negativen Eindruck auf die Bewerbungskommission. Sein Büro wird dabei die Stadt unabhängig „von außen“ unterstützen mit den städtebaulichen- und den verkehrsplanerischen Komponenten. Knackpunkt sei dabei natürlich die Ludwigshafener Straße und die vorgestellte Grünbrücke. Bei einem positiven Diskussionsergebnis würde sein Büro in dieser Richtung weiterarbeiten und auch eine Finanzierung vorbesprechen, so **Herr Krüger**. Die Finanzierung sei ein wesentlicher Ankerpunkt einer Bewerbung. Wenn eine Bewerbung für eine Gartenschau abgegeben werde und diese beinhalte noch einen unklaren Punkt, kann man die verbleibenden Monate dazu nutzen, mehr Klarheit reinzubringen.

**Herr Schönemann** führte aus, dass jetzt schon mit der Diskussion zu beginnen sei, um eine möglichst geschlossene Meinungsbildung zu bilden. Dies sei erste Sache bei einem neuen Thema, das sich abzeichnet. Denn es sei eine gute Chance für Dessau-Roßlau, dass man

hier direkt in die Stadt hineingeht und zugleich auch Probleme löst, die historisch durch Not oder andere städtebaulichen Entwicklungsvorstellungen entstanden sind.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, informierte, dass die Ludwigshafener Straße kein Thema von heute ist, sondern schon vor vielen Jahren diskutiert wurde, eine Überdachung, also eine Überbrückung, herzustellen. In Rio de Janeiro hat man die Straße über die Landschaft mit schwachen Stützen hochgeführt, was sehr filigran wirkte. Die Troglösung hätte aber den Schallschutzvorteil und würde tatsächlich der Stadt das Muldufer wieder näher bringen. Es müsse aber finanzierbar und in einem finanziellen Gesamtkonzept eingebettet werden. Die Stadt hat immer weniger Gelder zur Verfügung, jedoch viele Investitionen, die unabweisbar sind. **Herr Otto** fragt, wie sich die Finanzdecke der Stadt entwickle, wenn die Maßnahmen kämen und wie hoch die Förderanteile seien. Nur könne das Konzept insgesamt bewertet werden. Die Arbeitsrichtung sei aber in Ordnung, weil es die optimale Lösung sei. Der Ausschuss benötige aber noch mehr Informationen. Während der Bauarbeiten an der Ludwigshafener Straße müsse überlegt werden, wohin der Verkehr umgeleitet werden soll. Solange es keine Umgehung gibt, sei die Realisierbarkeit sehr schwierig. Er sei nicht dagegen, so **Stadtrat Otto**, aber man müsse die Abläufe insgesamt darstellen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** äußerte, dass das Funktionieren der Tangenten eine entscheidende Voraussetzung für die Gesamtkonzeption der innerstädtischen Beruhigung sei. Eine Verdrängung des Verkehrs in die Wohngebiete sollte verhindert werden. Insofern sei es stringent, dass man an dem System arbeite.

**Herr Otto** äußerte, dass man bei der weiteren Planung auch daran denken muss, dass unten im Trog kein Kanalnetz mehr erreichbar ist. Es muss eine Entwässerung geschaffen werden. Die Hochwassersicherheit mit Beton stelle heute kein Problem mehr da, aber das Oberflächenwasser muss abgeführt werden.

**Herr Schönemann** führte aus, dass die Synergie des Vorhabens mit dem Hochwasserschutz eine gute Chance ist. Hier ließe sich, ähnlich wie bei der „Internationalen Bauausstellung“, Nützliches mit Schönerem und Angenehmem verbinden. Klar sei dies eine Kostenfrage, aber es stünde jetzt die progressive Idee im Vordergrund. Man sollte weitestgehend die Dinge so qualifizieren, dass die Stadt in der Lage ist, nach einer Kostenbetrachtung auch zu handeln. Er sei zuversichtlich, so der **Ausschussvorsitzende**. Ihm sei auch die Aufbesserung der Stadtkultur im klassischen Sinne wichtig. Während andere Bereiche der Stadt bereits gut und beschaulich seien, sei die Stelle Schlossplatz/Ludwigshafener Straße aufgrund der schwierigen Situation über die Jahre in einem sehr nüchternen Zustand, welche Veränderungen dringen nötig habe. Weiter finde er es außerordentlich nützlich, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit „Spaziergänge“ gemacht werden. Das Allerwichtigste sei, dass die Bevölkerung mitgenommen werde. In den letzten Jahren sei das Format Gartenschau aufgrund der Kosten in die Kritik geraten.

**Frau Benckenstein, Fraktion AfD**, pflichtete Herrn Schönemann bei, dass das Vorhaben eine gute Sache sei. Allerdings müsse man realistisch bleiben. Betrachte man allein die Planungs- und Bauzeit, sei die Umsetzung zeitlich in dem großen Umfang unrealistisch. **Frau Schlonski** stellte daraufhin fest, dass noch 6 Jahre Zeit seien. **Frau Benckenstein** führte aus, dass die voraussichtliche Planungszeit hier mit 1,5 Jahren angegeben wird. Dies seien in Dessau-Roßlau 2 Jahre, dazu käme eine Bauzeit von 2-3 Jahren, was in Dessau-Roßlau 4-5 Jahre bedeuten würde. **SR Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** teilte die Auffassung von Frau Benckenstein nicht.

**Frau Schlonski**, sagte es habe in der Vergangenheit Schwierigkeiten gegeben. Wenn es jedoch ein Ziel ist, 2022 die LAGA in Dessau-Roßlau zu haben, dann müssen alle in der

Stadt zusammenarbeiten. Das Ziel sei zu erreichen. Auch die Verwaltung wird diesbezüglich ihre Aufgaben zielgerecht und fristgemäß erledigen.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, pflichtete bei, dass die Stadt dabei sei ein Konzept zu entwickeln, was terminlich gebunden wäre. Es sei dabei wichtig, auch in der Stadt das Signal der Geschlossenheit zu diesem Konzept zu zeigen. Die Beziehung zwischen Innenstadt und Mulde empfinde er hervorragend. Auch die Achsen seien von großer Bedeutung, vor allem die Askanische Straße. Als letzten Punkt fragte Herr Hartmann nach, ob es zum Termin Stadtpaziergang am 16.04.2016 Anregungen gab, da er leider am Termin nicht teilnehmen konnte. **Frau Jahn, Amtsleiterin des Amtes für Stadtplanung, Denkmalpflege und Geodienste**, informierte, dass an diesem Tag viel Zustimmung gekommen sei und Hinweise auf städtebauliche Missstände wurden gegeben. Die Überbrückung/Verknüpfung mit der Mulde, wurde von allen Teilnehmern als interessant befunden. Für viele war das „Hinüberkommen“ in den Tiergarten eine wichtige Sache, auch dass man auf der Mühleninsel dann etwas erleben solle (z. B. Kaffee trinken). Diese Dinge fließen in die Konzeption ein.

**Herr Melchior, Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, äußerte sich positiv zum Konzept, das sich auf die Verbindung zur Mulde konzentrierte. Er sähe dabei die Gestaltung als ganz entscheidend an. Er favorisiere die Lösung mit der grünen Brücke, weil das wahrscheinlich eine neue gestalterische Qualität brächte, so **Herr Melchior**. Außerdem sei es wichtig, für die Besucher, die zum großen Teil vom Bahnhof kommen, die Gestaltung im Bereich Herking-Platz Richtung Schlossplatz zur Marienkirche, attraktiv zu gestalten. Bedenken äußerte er bei der Verbindung zum historischen Arbeitsamt (August-Bebel-Platz/Zugang zur Willy-Lohmann-Straße). Das sei eine sehr lange Strecke. Wichtiger sei einen Rundgang auf der anderen Mulde-Seite (Neue Promenade) herzustellen. Die Stadt solle nicht zu viel wollen - sei anzudenken, sich nach dem Motto von Mies van der Rohe „less ist more“ auf das Wesentliche zu beschränken.

**Herr Schönemann** hielt den alten Friedhof für wichtig, weil er einmal als historisches Objekt Gewicht habe und weil zu den Gartenschauen Friedhofsanlagen und Friedhofskultur als ein Punkt gehörten. Der Stadtpark sei auch ein Thema, was vermittelbar ist, weil er historisch angebunden ist und mit neuen Komponenten ergänzt wird.

**Herr Melchior** wies auf die städtebaulichen Defizite der Bauten in der gesamten Askanischen Straße rund um die Museumskreuzung und um den August-Bebel-Platz hin.

**Herr Krüger** informierte aus den Erfahrungen der letzten Jahre, dass man das Gartenschaukonzept sehr kompakt machen müsse. Er informierte, dass laut Aussage des Ascherslebener Oberbürgermeisters Michelmann 40 Millionen Euro in die Stadt Aschersleben investiert wurden, 20 Millionen Euro wurden dabei von der Stadt erbracht. Das rein Gärtnersche, hat lediglich rund 6 Millionen Euro gekostet. Der Rest wurde in viele flankierende Maßnahmen in Aschersleben investiert.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, merkte an, dass es bisher immer große Aufgabenstellungen waren, die die Stadt dazu veranlasst haben, über bestimmte Themen nachzudenken und plötzlich entwickelten sich Dinge und Möglichkeiten, die vorher nicht gesehen wurde. So gebe es auch bei den LAGA-Flächen ein paar Dinge, wie z. B. die Askanische Straße, wo man jede Menge Fantasie braucht, sich vorzustellen, ob jenes am Ende funktioniert.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen** gab an, dass in seiner Fraktion bereits über die Askanische Straße diskutiert wurde und dass er es persönlich auch für eine sehr große Herausforderung hält. In der Straße sei das Umfeld mit Wohnbebauung und Geschäftshäusern nicht im besten optischen Zustand. Ebenso kenne er aus dem Tourismus heraus die Schwierigkeiten mit dem Historischen Friedhof. Er habe eine große Bedeutung,

ist aber aufgrund der Nachkriegsbebauung wirklich sehr stark abgeschnitten. **Herr Meier** plädierte dafür, die bestehenden Planungen, z. B. das Konzept für das Dessau-Wörlitzer-Gartenreich und die Denkmalrahmenplanung, anzuschauen und auf bestimmte Dinge, die bereits enthalten sind zu prüfen. Der historische Friedhof als Element des Gartenreiches und der aufklärerischen Idee des Fürsten Franz sei so bedeutsam, dass man sehr genau schauen müsse, wie man damit umgeht. **Herr Meier** hielt eine Konzentration auf die Achse zwischen Stadtpark und Lustgarten für das allerwichtigste. Man müsse die Besucher vom Bahnhof her gut dort hinführen können. Schön sei, dass mit dem Bauhausjubiläum 2019 und mit der Umgestaltungsplanung für die Kavalierrstraße schon in dem Bereich Investitionen geplant sind. Die Einbeziehung des Johannisviertels als ein Stück Altstadt Dessaus und die Zerbster Straße sei eine andere Geschichte, aber die größte Herausforderung sei die Askanische Straße, schloss **Stadtrat Meier**.

**Herr Schönemann** merkte an, dass es für ihn die Dachmarke Bauhausstadt vier Säulen habe. Die vierte Säule Ökologie, sei entgegen den Themen Wissenschaft, Kunst und Technik noch nicht entwickelt. Das könne man jetzt dazu holen und die Stadt erhalte ein vollwertiges Paket. **Herr Meier** ergänzte, dass die Stadt durch die Umgestaltung/Beruhigung der Kavalierrstraße mehr Verkehr über die Lohmannstraße und die Askanische Straße in Richtung Mulde und in Richtung Süden lenke. Dies stehe konträr zur Neugestaltung der Askanischen Straße. Was die Verkehrszahlen betrifft, sei die Askanische Straße mit Verkehr erheblich belastet, eine Verkehrsverdrängung müsse die Stadt daher im Auge behalten werden, um dort nicht gegeneinander zu arbeiten.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, hält die Askanische Straße städtebaulich für äußerst wichtig, auch wenn sie aus der Gartenschau sicherlich eine untergeordnete Rolle spielt. Allerdings sei sie wahrscheinlich die am wenigsten kostenintensive Maßnahme. Gerade durch die höhere Verkehrsbelastung wäre eine ökologische Aufwertung der Straße mit mehr Grün umso wichtiger. Voraussetzung sei, dass es einen Einklang zwischen Verwaltung und den Wohnungseigentümern gibt. Einige Fassaden könne man auf keinen Fall so lassen. Noch zwei weitere Punkte sprach **Herr Otto** an: Einige Flächen an der Askanischen Straße wurden in der Vergangenheit für Rummelveranstaltungen benötigt. Hier gelte es zu überlegen, wo Fahrgeschäfte zukünftig unterzubringen sind. Diese könnten vielleicht in den Tiergarten verlegt werden, allerdings wären diese dann weit entfernt.

Im Anschluss stellte er die Frage, ob die Verwaltung schon wisse, wann das Land den Zuschlag für die LAGA 2022 erteile. **Herr Krüger, Büro UKL**, informierte, dass dies im November 2016 erfolgen soll.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei, so Herr Otto, wie der Eintritt mit Eintrittsgeld über die verteilten Standorte geregelt und kontrolliert werden könne. Schließlich müssten auch Einnahmen erzielt werden. **Herr Krüger, Büro UKL**, erläuterte dass diese Bereiche natürlich eingezäunt werden, der Stadtpark allerdings nicht in Gänze. Es werde eine überschaubare Anzahl von Eingängen und eine Ergänzung durch Drehkreuze mit Ausgang geben. Eingänge seien immer teuer, d. h. man sollte sparsam damit umgehen. Der Preis bei üblichen Eintrittsgeldern, die man heute für Landesgartenschauen verlangt, liege bei ca. 14 € für eine Tageskarte. **Herr Meier** gab zu bedenken, dass dies im Widerspruch zu den Gartenreichgedanken steht. **Herr Schönemann** merkte an, dass diese Aufgabe auch ein Stück weit als Geschäft besteht. Die Finanzierung muss stehen und Einnahmen sind darin konzipiert. Allerdings müsse die Lebensqualität der Bürger, die in den Arealen wohnen, ohne Hinderung erhalten bleiben.

**Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, hinterfragte bei Herrn Krüger die Aussage des Herrn Michelmann zur Investition der LAGA. Er habe gesagt, dass 40 Millionen Euro investiert wurden. Aber es sei nicht klar, ob es bei der Förderung 20 Millionen Euro oder 20 Prozent gewesen seien. **Herr Krüger** sagte, er habe 20 Millionen Euro Eigenmittel, also 50 % Förderung, verstanden. **Herr Otto** merkte an, dass man schauen

müsse, ob man andere städtebauliche Fördermöglichkeiten nutzen kann. Dies wurde durch **Frau Nußbeck** befürwortet. Es gäbe auch keinen separaten Landesgartenschau-Fördertopf. Die 50 % Förderquote sei nicht besonders hoch. **Herr Krüger** sagte, dass in der Relation die kleine Stadt Aschersleben Investitionen durch das Thema Gartenschau hatte, wofür sie sonst sicherlich 20 Jahre gebraucht hätte. Dem pflichtete **Herr Schönemann** bei. Die ganzen Maßnahmen seien für Aschersleben eine Riesenchance gewesen, die sie definitiv sonst nicht bekommen hätten. **Herr Krüger** gab zu Bedenken, dass Aschersleben eine andere Stadtstruktur habe und die LAGA parallel zur Internationalen Bauausstellung stattfand. Deshalb solle man das Thema nicht überdehnen und das Areal Schloßplatz/Großer Markt als Schwerpunkt festlegen.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, pflichtete dem bei. Man könne leider nicht für den gesamten Innenstadtbereich alle städtebaulichen und architektonischen Probleme nachhaltig lösen. Aber man könne mit kreativen Ideen und ohne viel Geld in die Hand zu nehmen Straßenräume wunderbar überbrücken. Idee könnten beispielsweise vertikale Gärten zur Begrünung von Hausfassaden sein oder alte Autos am Straßenrand zu bepflanzen.

## 5.2 Arbeitsstand Brückenbauwerk 11 (Friedensbrücke)

**Frau Jung, stellvertretende Amtsleiterin im Tiefbauamt**, informierte, dass am Widerlager an der Stadtseite gegenwärtig gearbeitet werde und die Fertigstellung Ende Mai zu gewährleisten sei. Der Mittelpfeiler sei bereits fertiggestellt und für jedermann sichtbar. Die größten Arbeiten laufen derzeit am östlichen Widerlager, dort wurden die Bohrpfähle alle eingebracht, die weiteren Arbeiten folgen. Die Zielrichtung sei, dass Ende Juni das östliche Widerlager mit allen Schalbetonierungs- und Bewehrungsarbeiten fertig gestellt ist, so dass Ende Juni die Unterkonstruktion für das Brückenbauwerk fertig gestellt werden könnte. Parallel laufen die Stahlbauarbeiten auf Hochtouren, die Stahlträger werden von der Fa. Stahlbau Niesky im Werk gefertigt und liegen zum Teil im Außenlager und warten auf Transport.

### Thema Behelfsbrücke

Um die Höhenunterschiede auf der Fahrbahn der Behelfsbrücke verkehrssicherer zu gestalten, ist vorgesehen in der Kalenderwoche 17 am Übergang vom Widerlager auf die Brückenteile Bleche aufzubringen. Dies führe nicht zu einem reibungslosen Übergang, sondern reduziere das Gefährdungspotential. Es wird temporär zu Einschränkungen auf den Fahrbahnen und im Ergebnis dann zu einem verkehrssicheren Zustand der Behelfsbrücke führen.

### Die nächsten Schritte am Brückenbauwerk

Es liegt ein Bauablaufplan vor, über den mit der Baufirma im Einzelnen noch verhandelt werde. In diesem Bauablaufplan ist vorgesehen, dass die Montage der Stahlträger im Monat Juni erfolgt. Bis Januar 2017 entsteht der komplette Überbau und die Widerlager werden verfüllt. Von Januar bis März 2017, vorbehaltlich keiner längeren witterungsbedingten Unterbrechung, die momentan noch nicht über das normale Maß kalkuliert ist, werden die Ausstattungsarbeiten (Montage Beleuchtung und Ausstattungsgegenstände) realisiert. Die Verkehrsfreigabe der neuen Brücke ist für Anfang Mai 2017 geplant, der Rückbau der Behelfsbrücke wird bis Anfang Juni 2017 erfolgen, die Fertigstellung sowie die restlichen Arbeiten am eigentlichen Bauwerk, wie angekündigt, im Juni 2017. Über die Mitte des Jahres 2017 hinaus sind noch Begrünungsleistungen zu realisieren.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, fragte nach dem jetzigen Standort der Webcam. Durch die Aufschüttungen vor dem 1.

Widerlager auf der Stadtseite seien derzeit die Abläufe nur bedingt wahrnehmbar. Es sei deshalb fraglich, ob die Entstehung der Brücke nach Abschluss der Arbeiten im Zeitraffer nachvollzogen werden könne. Außerdem sei an das Protokoll der Terminplan als verbindliche Festlegung beizufügen. **Frau Jung**, versicherte, dass das Bild der Webcam überprüft und der Terminplan mit dem derzeitigen Verhandlungsstand dem Protokoll als Anlage dazugeben werde.

Der Terminplan liegt dem Protokoll als Anlage 3 bei.

### 5.3 Arbeitsstand Kavalierstraße/Umfeld Bauhausmuseum

**Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavalierstraße**, berichtete über den Status der Kavalierstraße.

Die Kavalierstraße befinde sich derzeit in der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3), führte **Herr Jähne** aus. Es gibt keine Behinderungen in der Abarbeitung. Inhalt und Qualität sowie Terminplanung haben positive Ergebnisse. Die Kostenentwicklung sei immer noch positiv, weil erst mit Abschluss der Leistungsphase 3 eine neue Stufe der Kostenberechnung vorliegt. Es sind zurzeit 5 % Kostenrisiko in Planungsphase 3 eingestellt für die Kostenrechnung/Kostenplanung und das Vergaberisiko in der Planung, d. h. für die Preissteigerungen zwischen Kostenschätzung und Kostenberechnung/ Ausführung.

Der Status bei der Finanzierung sei immer noch gelb, weil hier die baufachliche Prüfung beim Land ansteht mit einer Bearbeitungszeit von 1-3 Monaten. Ziel ist hier die Einreichung Anfang Mai, mit einer positiven Förderzusage werde dann im August gerechnet. Bis dahin ist die Finanzierung noch nicht endgültig gesichert. Die Rahmenbedingungen sind alle auf grün, negative Einflüsse, die das Projekt behindern würden, liegen nicht vor.

Detailinformation zum Terminplan:

- Vorlage Leistungsphase 3 – 30.04.2016 – geplanter Abschluss, der Abarbeitungsgrad beträgt 98 %
- Leistungsphase 4 ist bis 14.07.2016 geplant
- Leistungsphase 5 ist bis 06.10.2016 geplant
- Ziel: noch im Jahr 2016 mit den Ausschreibungen am Markt zu beginnen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, fragte, ob bei der Abstimmung zum Bauablauf des Bauhausmuseums Dessau (BMD)/Kavalierstraße inzwischen ein Konsens zwischen der Stiftung Bauhaus Dessau (SBD) und der städtischen Verwaltung gebe oder ob nach wie vor Probleme bestehen. **Herr Jähne** merkte an, dass es keine Probleme gebe. Es gab zwei Zielplanungen, eine städtische und eine von der SBD. Diese wurden vorgestellt und nun sei man bei einer gemeinsamen Planungscoordination. Es gehe hier nicht um Probleme, sondern um den Abgleich unterschiedlicher Vorstellungen zweier Fachplanungen. Nun müsse der erstmalig vorliegende Vorentwurf der SBD gesichtet und geprüft werden.

**Herr Schönemann** bat beide Interessenvertreter, sowohl den Bauherrn SBD als auch die Verwaltung in einen der nächsten Ausschüsse einzuladen und die Planung vorzustellen. **Herr Jähne** nahm den Wunsch des Herrn Schönemann auf und prüft die Umsetzung des Wunsches.

**Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, merkte an, dass man am Ende der Leistungsphase (Lph) 3 sei und sich in der Straße eine Reihe künstlerischer Elemente befänden, die die Einbeziehung des Gestaltungs- und Kunstbeirates bedürfe und hinterfragte, wann dies eingepflegt wird, weil es in der Planung eine Rolle spiele. **Herr Jähne** führte aus, dass es sich bei „Kunst im öffentlichen Raum“ um eine Fachplanung handele, die nicht zwingend am Ende der Lph 3 eingefügt werden müsse, da sie eine untergeordnete Rolle spiele. Dies kann auch in den Lph 4 oder 5 geschehen, da es sich hier nur um eine gestalterische Sache handelt. **Herr Schönemann** stellte ergänzend fest, dass in der Diskussion im Gestaltungsbeirat dasselbe Problem vorliege. Umso mehr Klarheit im Vorfeld existiere, umso mehr Akzeptanz hat die Gesamtbaumaßnahme und umso sicherer seien auch die Kalkulationen. **Frau Jahn, Amtsleiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, führte aus, dass sie in der 15. KW mit Kulturamtsleiter Steffen Kuras bei der Kunststiftung des Landes gewesen sei, weil sich Möglichkeiten einer Bewerbung dort andeuteten. Die Stiftung zeigte sich interessiert, sich mit dem Thema „Kunst im öffentlichen Raum“ auseinanderzusetzen. Frau Brosian von der Stiftung bot an, ein Gespräch mit einer Kollegin zu führen, um mit allen Akteuren zusammen eine Aufgabenstellung zu formulieren. Im Falle einer kuratorischen Untersuchung und Umsetzung könne Ende November 2016 ein Antrag auf Finanzmittel gestellt werden, über den im April 2017 entschieden werden könne. Dies schien nach Ansicht von Frau Brosian gut zu passen, da sich die Städte mit dieser Thematik zu wenig auseinandersetzen und sich dazu bekennen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen und Umwelt**, merkte an, dass es sein Wunsch sei, die lokalen Akteure, z. B. den Kunstverein, mit ihren lokalen Kenntnissen einzubinden. Des Weiteren informierte er über die Eröffnung der Brunnensaison in Leipzig. Dies sei dort ein „bejahender Akt“ der städtebaulichen Qualität, der Raum- und Verweilqualität. In Dessau-Roßlau sei dies aufgrund fehlender Finanzen ein eher unterbelichtetes Thema. Insofern sähe er die Kunst im öffentlichen Raum als eine wesentliche Komponente zur Aufwertung der allgemeinen Aufenthaltsqualität in der Stadt.

**Herr Hartmann** hinterfragte die Antragstellung, welche bis zum November an die Landeskunststiftung gegeben werden muss. **Frau Jahn** führte aus, dass zwei Möglichkeiten bestehen, den Antrag zu stellen: Entweder die Erarbeitung einer Konzeption oder eine Umsetzung (bis hin zu Kunstankauf). Über diese beiden Möglichkeiten wird mit der empfohlenen Kollegin das Gespräch geführt.

**Herr Jähne** informierte, dass eine Finanzierung durch die Stadt erfolgen muss. „Kunst am Bau“ über Fördermittel zu finanzieren sei sehr schwierig, da dies zur Kostengruppe „Ausstattung“ gehöre und diese sind meist nicht förderfähig sei. Hier sei eine Rücksprache erforderlich, bei der die Kostenberechnung bekannt sein muss, diese fehle aber derzeit. Im nächsten Jahr soll der Baubeginn des BMD erfolgen, und er hoffe, dass bis Baubeginn zumindest mit dem Gestaltungsbeirat das Gesamtkonzept stehe. Dann werde die „Kunst am Bau“ in der Bauausführung mit eingepflegt.

Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage 4 bei.

#### **5.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

**Frau Seelmann, stellvertretende Amtsleiterin des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, informierte zur Schwimmhalle. Die ersten 7 Lose wurden bereits ausgeschrie-

ben, zwei weitere sind momentan in der Ausschreibung. Derzeit liege der Baufortschritt im Plan, das Los 1 – Rodungsarbeiten – sei bereits abgearbeitet.

Der aktuelle Bauablaufplan zur Schwimmhalle wird als Anlage 5 dem Protokoll beigelegt.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, informierte über eine Mitteilung von Herrn Mrosek zur Splittersiedlung in Mosigkau, deren Abstandsflächen zur Windkraftanlage sich wesentlich geringer darstellen als bei einer richtigen Siedlung. Nach dessen Information erhielt ein Bauherr in dieser Splittersiedlung eine Baugenehmigung nach § 34 BauGB (Innenbereich). Damit sei die Frage einer Umwidmung der Splittersiedlung in eine richtige Siedlung berechtigt, was zur Folge hätte, dass sich die Abstandsflächen von vornherein vergrößern würden. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, merkte an, dass dies ein kompliziertes Thema sei. Eine Splittersiedlung zum allgemeinen Wohngebiet umzuwidmen ziehe wesentlich mehr nach sich, als momentan vorstellbar. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, versicherte, dass die Angelegenheit von Herrn Mrosek zurzeit aufbereitet und anschließend hier berichtet werde.

**Herr Otto** berichtete, dass er von Bürgern aus der Wilhelm-Busch-Straße in Kochstedt auf die Hirtenhausiedlung – äußerer Ring – angesprochen wurde. Dort war eine Fläche bisher nicht bebaut und es gab vor einigen Jahren dazu einen Bauantrag, der durch die Verwaltung abgelehnt wurde, weil diese Fläche für andere Dinge festgesetzt und keine Erschließung vorgesehen sei. Jetzt werde aber auf genau dieser Fläche gebaut. Er frage, warum ein Bürger keine Baugenehmigung erhält und ein anderer sie- was habe sich hier inzwischen gewandelt? **Herr Schönemann** führte dazu aus, dass es in der Hirtenhausiedlung Bewegung gibt, aber der jetzige Planungsstand liegt ihm nicht vor. **Herr Meister** informierte, dass ihm bekannt sei, dass im Rahmen der Hirtenhausiedlung eine Baugenehmigung erteilt wurde, er aber aufgrund seiner momentanen Abstellung für die Belange der Ostrandstraße nichts Genaueres sagen kann. Er werde den Vorgang prüfen. **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke. Dessau-Roßlau und Ortsbürgermeister von Kochstedt**, berichtete, dass sich die Fläche im Außenbereich der Hirtenhausiedlung befinde. Die gehöre zwar nicht zur inneren Erschließung, der Außenbereich sei aber trotzdem erschlossen. Der Bauantrag wurde schon 2015 gestellt, aber durch das Vorliegen von Problemen mit dem Erschließungsträger, wurde erst jetzt diese Baugenehmigung bewilligt. **Frau Schlonski** sagte die Beantwortung der Anfrage bezüglich des genehmigten Bauantrages in der Hirtenhausiedlung zu.

**Herr Meier, Liberales Bürgerforum /Die Grünen**, führte aus, dass aus seiner Sicht die Umlegung des Elberadweges von immenser wirtschaftlicher Bedeutung für die Stadt sei. Er würde dieses Thema gern öfter in die Berichterstattung des Bauausschusses integriert haben, um über den Stand der Planung unterrichtet zu sein. **Frau Jung, Tiefbauamt**, informierte, dass an der Maßnahme gearbeitet werde. Gemeinsam mit Dez. IV und dem Tourismusbereich sind die nächsten Schritte in Vorbereitung. Im nächsten Bauausschuss werde durch sie berichtet.

**Herr Meier** berichtete von einer Rundfahrt mit Herrn Link, welche u. a. durch die Antoinettenstraße führte. Am Leopold-Carré führt eine Abzweigung auf die Straße in Richtung Ferdinand-von.-Schill-Straße. Diese Lösung wurde insgesamt für gut befunden. Problematisch sei hier, dass auf diesem Teilstück (auf Rad- und Fußweg) häufig LKWs halten und damit die Sicht der Autofahrer auf die Radfahrer und umgekehrt stark beeinträchtigen. Ein Abbiegen über diese Spur macht das unmöglich. Er bittet zu prüfen, ob hier Abhilfe geschaffen werden kann. **Frau Schlonski** lässt den Sachverhalt prüfen.

Des Weiteren fragte **Herr Meier** nach dem weiteren Vorgehen für die Einzelmaßnahmen der Lärmaktionsplanung, u. a. an der Köthener Straße. **Frau Schlonski** äußerte dazu, dass die Verwaltung nach dem jetzt beschlossenen Lärmaktionsplan vorgehe und jede einzelne Maßnahme abarbeiten werde. **Frau Jung** führt ergänzend aus, dass sich im Rahmen der Fort-

schreibung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) die Einzelmaßnahmen der Lärmaktionsplanung, die das Tempo 30-Limit betreffen, in Bearbeitung befinden. Ziel sei es, im Bauausschuss im Juni die ersten Ergebnisse zur Fortschreibung des VEP und auch die Ergebnisse, die sich aus der Überprüfung der Lösung aus dem Lärmaktionsplan ergeben haben, vorzustellen. In Hinblick auf die Wirkung der 30 km/h-Bereiche im städtischen Netz ist die Köthener Straße als eine wichtige Straße berücksichtigt. Die Einzelmaßnahmen sind nach Prioritäten und technischen Rahmenbedingungen strukturiert.

**Frau Benckenstein, Fraktion AfD**, hinterfragte den Stand der Straßenbeleuchtung Thomas-Müntzer-Straße, Jugendclub. **Frau Jung** antwortete, dass zum Thema Straßenbeleuchtung eine Vorlage in Vorbereitung ist, was im Rahmen der Abarbeitung der Prüfaufträge zum Haushalt üblich sei.

**Herr Schwabe, Fraktion CDU**, äußerte eine Verfahrensfrage. Im letzten Stadtrat wurde ein Beschluss zum Verkehrswegeplan gefasst. Solle dieses Thema hier nochmal thematisiert werden? **Herr Schönemann** wies auf die Zeitknappheit hin, um in diesen Dialog noch einzusteigen. Hier gehe es um die Onlinebeteiligung zum Bundesverkehrswegeplan. Wenn dies gewollt sei, müssten die Fraktionen umgehend zusammenkommen, weil die Beteiligung nur bis 02.05.2016 möglich sei.

**Frau Jung** informierte über die positive Äußerung des Oberbürgermeisters zu dem Bundesverkehrswegeplan. Die fachliche Meinung wurde schon an die entsprechenden Stellen weiter getragen. Man sei auf einem sehr guten Weg, die Ortsumgehung Roßlau ist im vordringlichen Bedarf integriert, d. h. Realisierungshorizont bis 2030. Ein kurzer Sachstand über die momentane Vorbereitung der Planung liegt vor. Das grundsätzliche positive Votum von jedem Einzelnen kann nur unterstützend wirken.

**Herr Otto** unterbreitete einen Verfahrensvorschlag. Er hat die Vorlage der CDU so verstanden, dass ein klares Votum vom Stadtrat vorliegt, ergänzend zum Votum, das der Oberbürgermeister für die Stadtverwaltung abgegeben hat. Es sei wichtig dieses Votum zu kennen und dem ausgearbeiteten Vorschlag der Verwaltung entsprechend durch Zustimmung zu folgen. **Herr Schönemann** fragte, was aus dem Fachkreis des Ausschusses für begleitende und befördernde Dinge in diesem Online-Votum Bestandteil sein könnten. **Herr Hartmann** hinterfragte die Vorgehensweise zur Abstimmung der zwei Maßnahmen, die in den Bundesverkehrswegeplan eingebracht werden sollen. Hier bedürfe es einer Vorabstimmung, da er nicht wisse, ob es eine gewisse Schädigung hat, anzugeben, dass die Stadt beide Projekte favorisiere oder ob es mehr Sinn mache, nur ein Projekt zu favorisieren, was der Stadt am allerwichtigsten sei.

**Frau Schlonski** schlug vor, den Link zu dieser Befragung sowie Textbausteine, welche nach Bedarf verändert werden können, bis zum 22.04.2016 an alle Fraktionen zu senden. **Herr Meier** begrüßte das Angebot von Frau Schlonski, möchte aber vorab in Erfahrung bringen, was der Oberbürgermeister geschrieben hat, um pausenlose Wiederholungen zu vermeiden. Entscheidend sei für ihn, dass sich der Stadtrat zu diesen Dingen bekannt hat, so wie der Oberbürgermeister und alle Beteiligten. **Frau Schlonski**, wies darauf hin, dass Online-Petitionen nur einmal gezählt werden, auch wenn mehrere dahinter stehen. **Herr Otto, Pro Dessau-Roßlau**, merkt an, dass es wichtig sei zu übermitteln, dass der Stadtrat einstimmig zugestimmt hat. Wenn das noch nicht durch den Oberbürgermeister geschehen ist, dann sollte der Stadtrat dies noch einmal gemeinsam zur Kenntnis geben. **Frau Jung, stellv. Amtsleiterin des Tiefbauamtes**, informierte dazu, dass der Stadtratsbeschluss nicht mit im Schreiben des Oberbürgermeisters erwähnt wurde, weil das Schreiben schon vorher fertig war. **Herr Otto**, sagte, es sei jetzt wichtig, dass der Stadtratsbeschluss dem BMVI zur Kenntnis gegeben wird. **Frau Schlonski** sicherte zu zwei Dinge zur Verfügung zu stellen: zum einen die Bausteine für ggf. Beteiligung am Online-Verfahren und einen Briefentwurf, dass der Stadtrat einstimmig zu beiden Projekten zugestimmt hat.

## 5.5 Arbeitsstand Ostrandstraße

**Herr Meister** informierte, dass er zurzeit dabei sei, die Einwendungen entsprechend abzuarbeiten. Hier würden gute Fortschritte erreicht. Im Rahmen der Bearbeitung werden einzelne Bausteine den Fachämtern zugearbeitet und mit der Oberen Naturschutzbehörde, dem Landesverwaltungsamt und unserem Rechtsanwalt abgestimmt. Es liege ein Beschlussentwurf vor, welcher eine gewisse Anarbeitung enthält, d. h. es sind schon viele Bausteine in der Vergangenheit gelöst worden. Es sei nun seine Aufgabe zu schauen, ob diese Bausteine so belassen werden können, ob sich möglicherweise etwas geändert hat und dann entsprechend mit den acht Ämtern abzustimmen sind. Es gibt eine tabellarische Erfassung, die zu gegebener Zeit vorgestellt werden kann.

Das Ziel, Ende des Jahres zu zwei Beschlüssen zu kommen, sei zu schaffen, so **Herr Meister**. Bei der jetzigen Bearbeitungsstufe könne es aber aufgrund der Komplexität des Themas noch keine genaue Prozentangabe der Abarbeitung erfolgen. Er hoffe, dass er beim nächsten Bauausschuss zum Stand in Form einer Statistik mehr berichten kann. Es sei angedacht, Mitte des Jahres im Stadtrat über abwägungsrelevante Themen zu berichten. Ob dies über eine interfraktionelle Runde oder über eine Informationsvorlage erfolgt, sei aber noch nicht vereinbart. Die Politik hätte dann die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie an der Sache so festhalten wolle oder vielleicht noch eine Modifikation anstrebe.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, hinterfragt, ob es Ansätze gibt, dass sich rechtsrelevante Dinge nach der Offenlage geändert haben. **Herr Meister** bejaht dies, er habe allerdings nicht das Gefühl, dass die Punkte so gravierend seien, dass es nicht zu einem Beschluss kommen kann. Mit Beginn der Maßnahme Ostrandstraße hatte die Stadt gewisse Zielstellungen verfolgt, von denen einige nicht mehr relevant sein, beispielsweise werde an der neuen Muldebrücke gebaut, damit falle ein Argument weg, eine zweite Muldebrücke als Umfahrung beim Bau zu haben. Dies sei ein Punkt, der an der Planrechtfertigung zehrt. Es gebe aber weitere Punkte, die die Planrechtfertigung aushöhlen. Aus heutiger neutraler und behördlicher Sicht können die Beschlüsse aller Voraussicht nach aber dennoch gefällt werden können.

## 6 Beschlussfassungen

### 6.1 **Beschluss zur Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens für die Ostrandstraße und zur Erhöhung ihrer Entlastungswirkung für das innerstädtische Straßennetz** **Vorlage: BV/123/2016/StR**

Die BV/123/2016/STR wurde noch einmal überarbeitet und durch Stadtrat Otto mit entsprechenden Änderungen, in Abstimmung mit den Fachbereichen der Verwaltung, in neuer Fassung eingebracht.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, führte aus, dass der Grund der Einbringung durch seine Fraktion die Ausräumung des Punktes war, dass es nicht mehr zu einer genügenden Entlastungswirkung der Ostrandstraße komme.. Ihm und auch anderen Stadträten war nicht mehr bewusst, dass die Walderseestraße nicht mehr Grundlage im Planfeststellungsverfahren ist. Deshalb sei klar, dass zwar für die Nord/Ost-Querung von Roßlau kommend in Richtung Osten eine Entlastung für die Innenstadt stattfindet, aber nicht für Ost-West-Querungen aus Richtung Ziebigk, Siedlung und Groß/Kleinkühnau sowie aus dem Bereich um den Bahnhof in Dessau. Diese Fahrten würden nicht den Umweg nach Norden nehmen, um dann an der Ostrandstraße wieder um die Innenstadt rum nach Osten zu kommen. Sie würden weiter direkt durch die Innenstadt fahren. Die Passage durch die Walderseestraße würde für diese Wegstrecken sicherlich angenommen werden. In der 3. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes, steht, so **Otto**, warum die Walderseestraße nicht mehr berücksichtigt wird. Dort gehe man davon aus, dass von der L 63 aus Aken/Calbe kommend, nur 450 Kfz/h die Ost/Westquerung nutzen. Dies sei eine falsche Voraussetzung. Der innerstädtische Verkehr, der ebenfalls quert, müsse mit berücksichtigt werden. Des Weiteren kritisierte **Herr Otto** die Aussage, dass sich über die Ostrandstraße der Weg der Querung durch die Innenstadt verdreifacht. Die Führung durch die Walderseestraße ist nicht wesentlich länger. Man sei darüber hinaus aufgrund der Verkehrsführung immer schneller, es gebe dort viel weniger Lichtsignalanlagen und es könnten höhere Geschwindigkeiten gefahren werden. **Stadtrat Otto** bat darauf zu achten, dass bei der 4. Fortschreibung nicht wieder falsche Voraussetzungen eingegeben werden.

Aufgrund der Eile sei die Vorlage aber mit einigen Formulierungen erstellt wurden, die sich als missdeutig oder falsch herausgestellt haben. Diese seien nun ausgeräumt und er bedanke sich für die Hinweise, so **Herr Stadtrat Otto**. So sei Punkt 1 geändert wurden. Nicht der Stadtrat könne einen Planfeststellungsbeschluss fassen. Die Stadtverwaltung solle ihn aber bei der zuständigen Behörde ermöglichen. Außerdem sei ihm nicht bewusst gewesen, dass das Gesamtvorhaben in 2 gesonderten Planfeststellungsverfahren aufgeteilt wurde, die parallel laufen. Dies sei jetzt eingearbeitet. Der Rest der Änderungen beliefe sich auf redaktionelle Änderungen. Der dritte Punkt und die Erklärung seien nun jeweils klarer gefasst worden.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, führte aus, dass die jetzt vorliegende, geänderte Vorlage zu 100 % von der Fraktion Die Linke unterstützt wird.

**Herr Hartmann, SPD-Fraktion**, merkte an, dass die Vorlage in der jetzigen Form für die SPD-Fraktion tragbar ist.

**Herr Meier, Liberales Bürgerforum / Die Grünen**, informierte, dass seine Fraktion mit Teilen der Vorlage wohlwollend umgeht, kündigte aber eine Enthaltung an. Seit Beginn des Prozesses wurde durch die Fraktion immer gebeten, dass mögliche Alternativen zur Ostrandstraße geprüft werden. Er vertraue auch den Zahlen des VEP.

Er frage sich aber, was „erhöhte Geschwindigkeit“ im Pkt. 3 bedeute. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, führte aus, dass es sich hier um mindestens 60, also mehr als 50 km/h handelt.

**Frau Benckenstein, Fraktion AfD**, erläuterte, dass die Fraktion der Vorlage nicht nur zustimmt, sondern auch mit einreicht.

Die vorliegende Vorlage wurde in geänderter Form zur Abstimmung gebracht.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 : 0 : 1**

Die Vorlage wurde in geänderter Form bestätigt.

## 6.2

**Aufstellungsbeschluss Änderungsbebauungsplan Nr. 136 A 1.1 "Entwicklungsbereich Dessau-Kochstedt", zugleich Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 136 A1  
Vorlage: BV/053/2016/III-61**

**Frau Benckenstein, Fraktion AfD**, fragte an, ob nur diese eine Firma das Interesse hegt habe.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, antwortete, dass diese Firma Eigentümer ist.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

## 6.3

**Befreiung von der örtlichen Bauvorschrift im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 122 "Dellnauer Acker", dass im Teilgebiet WA 1 nur Satteldächer mit einer Dachneigung von 25° bis 35° zulässig sind  
Vorlage: BV/075/2016/III-61**

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, berichtete, dass fast zeitgleich der Vorgang im Ortschaftsrat läuft. Information des OR Milensee liegen bereits vor, es gäbe keine negativen Äußerungen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

## 6.4

**Grundsanie rung Knoten Argenteuiler Straße (B 185)/Mannheimer Straße (B 184)  
einschließ lich Modernisierung der Lichtsignalanlage (LSA 607)  
Teil 2: Nordseite Argenteuiler Straße/Mannheimer Straße  
- Maßnahmebeschluss -  
Vorlage: BV/080/2016/III-66**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

## **9 Schließung der Sitzung**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 02.07.16

---

Ralf Schönemann  
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Schriftführer